

Nr. 18/82**Flagge zeigen gegen Seepiraterie – Bremische Reeder und Schiffsbesatzungen vor Übergriffen durch Seeräuber wirksam schützen**

Antrag der Fraktion der CDU
vom 5. September 2011
(Drucksache 18/45)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/83**Handelsschifffahrt vor Seepiraterie am Horn von Afrika verstärkt schützen**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 27. September 2011
(Drucksache 18/66)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich gemeinsam mit den anderen norddeutschen Küstenländern gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen,

1. die militärische Präsenz der deutschen Marine im Rahmen der EU-Mission NAVFOR ATALANTA zu verstärken,
2. dass die Bundesregierung ihren Einfluss im nordatlantischen Bündnis sowie im Weltsicherheitsrat verstärkt auf diese Bedrohung ausrichtet,
3. dass unverzüglich klare Regelungen für die Aufrechterhaltung des staatlichen Gewaltmonopols beim Schutz der unter deutscher Flagge fahrenden Schiffe geschaffen werden,
4. dass angemessen ausgerüstetes und ausgebildetes auf hoheitlicher Grundlage handelndes Personal für den Schutz besonders gefährdeter, deutschflaggiger Schiffe bereitgestellt wird.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt Pläne der Bundesregierung zur Legalisierung privater Sicherheitsteams ab.

Nr. 18/84**Beteiligung der Fachdeputationen bei der Verteilung der Einnahmen aus Wetten**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 27. September 2011
(Drucksache 18/65)

Soweit Einnahmen aus Wetten im Haushalt als Projektmittel definiert sind, sollen diese zukünftig in allen Verwaltungsbereichen nach eindeutig definierten und in entsprechenden Förderrichtlinien festgeschriebenen Kriterien – unter besonderer Berücksichtigung des § 63 a Abs. 7 Satz 2 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft – erfolgen. Diese Förderrichtlinien werden von den entsprechenden Deputationen beschlossen.

Der Senat wird aufgefordert sicherzustellen, dass die Verteilung dieser Einnahmen aus Wetten durch Deputationsbeschluss geschieht. Die transparente Verteilung dieser Einnahmen aus Wetten muss gewährleistet werden.

Eine entsprechende Regelung ist bei der Neuregelung der Mittelvergabe in die entsprechenden Förderrichtlinien mit aufzunehmen und als Haushaltsvermerk an der entsprechenden Haushaltsstelle einzutragen.

Nr. 18/85

Langzeitarbeitslose müssen Chancen auf Arbeit behalten

Antrag (Entschließung) der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 28. September 2011
(Neufassung der Drucksache 18/67 vom 27. September 2011)
(Drucksache 18/69)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die vom Bundestag beschlossene „Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente“ ab. Die vorgeschlagenen Änderungen dienen ausschließlich der Kürzung von Haushaltsmitteln.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt die Bemühungen des Senats, im Bundesrat eine den Interessen der Arbeitslosen, den Interessen der wirtschaftlichen Entwicklung und den Interessen der Länder und Kommunen entsprechende Reform der Instrumente des SGB II und SGB III durchzusetzen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert vom Bund eine ausreichende Ausstattung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente, um Langzeitarbeitslosen den Weg in den ersten Arbeitsmarkt zu öffnen. Die bisher in Berlin vorgelegten Haushaltsansätze werden die Langzeitarbeitslosigkeit eher verschärfen. Es gilt, auch diesen Menschen durch Qualifikation, Unterstützung und Integration eine Perspektive zu eröffnen.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Bundestag auf, eine ausreichende Finanzierung eines sozialen Arbeitsmarkts sicherzustellen, um Menschen mit Vermittlungshemmnissen durch Beschäftigung in die Gesellschaft zu integrieren und damit den sozialen Zusammenhalt zu fördern. Länder, Kommunen und Städte müssen dafür ausreichend Mittel erhalten.

Nr. 18/86

Arbeitsmarktreformen im Land Bremen verantwortungsvoll umsetzen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 27. September 2011
(Drucksache 18/68)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.